

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

21. Jahrgang

Berlin, den 20. August 1954

Nummer 34

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte August 1954

Das internationale Konjunkturbild wird unverändert durch die anhaltend lebhafte und wachsende Wirtschaftstätigkeit in den europäischen Industriestaaten, insbesondere in Großbritannien und Westdeutschland, und den verhaltenen Wirtschaftsrhythmus in den Vereinigten Staaten von Amerika bestimmt. Ist die europäische Wirtschaftsexpansion nach wie vor ein entscheidender Faktor für die im großen und ganzen stetige Entwicklung der Weltwarenmärkte, so bildet die rege Nachfrage der Rohstoffländer, die sich verstärkt vor allem Großbritannien und den übrigen OEEC-Ländern zuwendet, wiederum eine wesentliche Stütze des wirtschaftlichen Aufschwunges der Industriestaaten. Die in den letzten Wochen zu beobachtenden Anzeichen eines leichten Nachgebens der Preise auf den Weltrohstoffmärkten dürften daher eher jahreszeitlich bedingt sein, als einen Tendenzumschwung ankündigen, zumal bei den Rohstoffen, die im Überfluß vorhanden sind, staatliche Interventionen — Anbaubeschränkungen und Preisstützungen — einen verschärften Druck auf die Weltmärkte unterbinden.

Auch die Tatsache, daß sich die amerikanische Einfuhr im zweiten Vierteljahr 1954 besser gehalten hat als die allgemeine wirtschaftliche Lage Anfang des Jahres vermuten ließ, dürfte nicht ohne Auswirkungen auf das internationale Wirtschaftsklima geblieben sein. Die verhältnismäßig günstige Einfuhrgestaltung der Vereinigten Staaten in diesen Monaten — die Einfuhrwerte blieben nur um 100 Mill. \$ hinter den Ergebnissen des entsprechenden Vorjahrsquartals zurück — hat jedoch andererseits nicht verhindern können, daß der kommerzielle Warenverkehr der Vereinigten Staaten mit der übrigen Welt schätzungsweise wieder mit einem Ausfuhrüberschuß von etwa 800 Mill. \$ abschloß. In dem entsprechenden Vorjahrsquartal und auch in den ersten drei Monaten dieses Jahres betrug der Aktivsaldo demgegenüber nur rund 300 Mill. \$.

Sicherlich werden noch auf lange Zeit hinaus die Handelsdefizite der übrigen Welt mit den Vereinigten Staaten durch die Zahlungen der amerikanischen Auslandshilfe überkompensiert werden. So beliefen sich Mitte 1954 die bereits bewilligten, aber noch nicht verausgabten Beträge für Hilfe-

leistungen auf rund 16 Mrd. \$, von denen nach den vorliegenden Plänen bis Mitte 1955 etwa 6 Mrd. \$, d. h. 300 Mill. \$ mehr als in den vorangegangenen zwölf Monaten, zur Auszahlung gelangen werden. Doch unterstreichen die protektionistischen Tendenzen in den Vereinigten Staaten, die unter dem Einfluß der Wirtschaftsabschwächung an Gewicht gewonnen haben, und die vermehrten Exportanstrengungen, von deren Erfolgen im internationalen Konkurrenzkampf die gestiegenen amerikanischen Ausfuhrziffern zeugen, die Bedeutung des nach wie vor überdeckten Dollarproblems.

Wenn auch eine Stabilisierung der amerikanischen Wirtschaftstätigkeit auf ihrem gegenwärtigen Niveau und die möglicherweise von einer öffentlichen Auftragsvergebung ausgehenden leichten Anregungen die amerikanische Einfuhr nicht unter das Vorjahrsniveau sinken lassen dürften, so wird der Wettbewerb auf den Weltmärkten und auch auf dem amerikanischen Markt künftig doch eher noch zunehmen. Die amerikanische Wirtschaft, die gegenwärtig in vielen Bereichen über ungenützte Kapazitäten verfügt, deren baldige Beschäftigung aus der binnenwirtschaftlichen Konstellation heraus nicht gegeben erscheint, wird dem Auslandsabsatz zweifellos verstärkte Aufmerksamkeit widmen.

Anhaltende Investitionskonjunktur in Westdeutschland

Die westdeutsche Investitionskonjunktur hält bei stabilen Preisen mit unverminderter Stärke an. Bei steigenden Auftragseingängen in den Investitionsgüterindustrien — vor allem auch durch steigende Auslandsnachfrage bedingt — und bei hoher, sich noch verstärkender Bautätigkeit dürfte auch in den nächsten Monaten das westdeutsche Konjunkturbild von der Investitionsseite her positiv beeinflusst werden.

Da auch die „Vorlieferanten“ der Investitionsgütererzeugung, d. h. die wichtigsten Bereiche der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, schon seit längerem in den Genuß dieser Investitionskonjunktur gekommen sind und die Auftragseingänge hier sogar noch stärker als im Investitionsgüterbereich gestiegen sind, können

für die industrielle Erzeugung in diesen Bereichen Auftriebskräfte unterstellt werden, die im Gegensatz zur entsprechenden Vorjahrsentwicklung aus der Marktsituation selbst (des Inlandes wie des Auslandes) wirksam geworden sind.

Verlangsamter Fortschritt der Verbrauchsgütererzeugung

Der diesjährige Verzicht auf Impulse, die nicht von der Wirtschaft selbst, sondern, wie etwa die autonomen Einkommenserhöhungen des vergangenen Jahres, von der Öffentlichen Hand ausgehen, hat jedoch andererseits auch sicherlich dazu beigetragen, daß in einem anderen Bereich, nämlich dem des Verbrauchs und der Verbrauchsgütererzeugung, der Fortschritt langsamer als im Vorjahr und viel bescheidener als in der Investitionsgütererzeugung gewesen ist. Seit Februar dieses Jahres stagniert die Verbrauchsgütererzeugung auf einem Niveau, das im Durchschnitt 7 vH über dem des entsprechenden Vorjahrs liegt. Jedoch wurde sie gegen Ende der ersten Jahreshälfte (Juni) stärker als dem üblichen saisonalen Rückgang entspricht, fast auf das Vorjahrsniveau herabgedrückt. Auch der Index der Auftragseingänge für die Verbrauchsgütererzeugung liegt zur Zeit etwa auf dem Vorjahrsniveau.

Die gerade in den letzten Monaten beträchtlich gestiegene Beschäftigung, mit ihren Rekordziffern im Juli dieses Jahres, und die damit verbundene Zunahme der produktiven Masseneinkommen zeigen jedoch andererseits auch, daß der verlangsamte Verbrauchszuwachs von der Einkommenseite her keine Begründung findet. Entscheidend ist hier vielmehr die anhaltend starke — und diesmal auch durch die Reisemonate kaum beeinflusste — Ersparnisbildung der privaten Haushalte, die neben den Verbrauchsumschichtungen den Konsumgüterabsatz in den angedeuteten Grenzen hält.

Nachlassen der von der Außenwirtschaft ausgehenden Expansionsimpulse

Trotz nach wie vor beträchtlicher Ausfuhrüberschüsse und des unverändert wichtigen Beitrags, den gerade die Ausfuhr für die gegenwärtige Investitionskonjunktur leistet, haben auch die von der Außenwirtschaft ausgehenden Impulse in den letzten Monaten an expansiver Wirkung verloren. Der Außenhandelsüberschuß ging entsprechend von 276,4 Mill. DM (Monatsdurchschnitt des ersten Vierteljahres 1954) auf rund 200 Mill. DM (Monatsdurchschnitt) im zweiten Vierteljahr 1954 zurück. Noch ausgeprägter war der Rückgang im Gold- und Devisenanfall, für den allerdings auch die wachsenden Transferleistungen verantwortlich sind. Der Gold- und Devisenanfall beim Zentralbanksystem verringerte sich vom ersten zum zweiten Vierteljahr um rund 414 Mill. DM, d. h. im Monatsdurchschnitt des zweiten Vierteljahres fielen rund 138 Mill. DM oder fast 44 vH weniger Gold und Devisen als im ersten Vierteljahr an.

Diese Entwicklung ist, soweit sie durch die stärker als die Ausfuhr wachsende Einfuhr und durch die wachsenden Transferverpflichtungen bedingt wurde, keineswegs überraschend. Da sie die westdeutsche Gläubigerstellung den Schuldnerländern gegenüber entlastet und ferner — über wachsende Einfuhr — den westdeutschen Beitrag

zum Welthandel erhöht, ist ein derartiger Tendenzumschwung auch durchaus erwünscht. Davon unberührt jedoch bleibt, daß sich gleichzeitig auch die von den Devisenüberschüssen ausgehenden zusätzlichen nominellen Einkommenseffekte verringert haben, während andererseits der wichtigste (kontraktive) Gegenposten, nämlich die Überschußbildung der Öffentlichen Hand, weiterhin zunimmt. Der Saldo aus diesen beiden gegenläufigen Kräften deutet also auf Abnahme der expansiven bzw. Zunahme der kontraktiven Kräfte hin.

Die Lohndiskussion unter konjunkturellen Aspekten

Durch die stark zunehmende Investition sind nicht nur Erzeugungskapazitäten beansprucht, sondern auch neue Kapazitäten geschaffen worden, die — außer durch steigende Ausfuhr — nur durch steigenden Inlandsverbrauch ausgelastet werden können und beansprucht werden müssen, wenn es nicht zur Disproportionalität zwischen Investition und Verbrauch kommen soll. Die heute wieder für die westdeutsche Entwicklung typische Führung der Konjunktur durch verstärkte Investition wird hiernach in Zukunft kurzfristiger sein müssen, d. h. sie wird in zeitlich kürzeren Abständen als bisher üblich und möglich von Verbrauchskonjunkturen abgelöst werden müssen. Unter diesem Aspekt einer notwendig werdenden zeitlichen Verkürzung in der Wechselwirkung zwischen Investition und Verbrauch mag die gegenwärtig auf breiter Front gestellte Forderung auf Lohnerhöhungen eine Stütze finden. Denn für ein Hineinwachsen des Verbrauchs in die durch die Investition geschaffenen Erzeugungsmöglichkeiten (einschließlich der bereits vorhandenen Lager) wäre in der Tat die generelle Anhebung des Lohnniveaus und die dadurch bewirkte zusätzliche Verbrauchszunahme ein wirksames Mittel. Die Grenzen, in denen dieses Lohnexperiment jedoch ohne (inflationäre) Gefahren und zum Nutzen nicht nur der beiden Sozialpartner, sondern zum Nutzen aller durchgeführt werden kann, sind nicht nur durch die immer wieder mit Recht betonte Entsprechung von Produktivitätszuwachs und Lohnerhöhung gezogen, sondern sie werden auch zu einem wesentlichen Teil durch die jeweilige konjunkturelle Konstellation bestimmt. Von diesem konjunkturellen Klima hängt es nämlich ab, wie die Unternehmer als Gruppe, also unabhängig vom Verhalten des einzelnen Unternehmers, auf Lohnerhöhungen reagieren werden, nämlich entweder mit Preiserhöhungen oder mit Investitionseinschränkung oder mit Hinnahme der Lohnerhöhung bei gleichbleibenden bzw. steigenden Investitionsausgaben zu unveränderten Preisen. Ob die gegenwärtige konjunkturelle Situation eine Finanzierung von Lohnerhöhungen aus eigenen Mitteln der Unternehmer bzw. durch Kreditaufnahme erlaubt oder ob sie die Gefahr von Preissteigerung bzw. Investitionseinschränkung mindestens einschließt, ist eine Frage, die selbstverständlich nicht eindeutig beantwortet werden kann. Zwei wesentliche Gesichtspunkte sollten jedoch in jedem Falle bei allen Überlegungen in der Lohndiskussion nachdrücklich Beachtung finden. Einmal die Tatsache, daß selbst bei im ganzen von der Lohnerhöhung unberührt bleibenden Preisen eine Preisdifferenzierung im einzelnen, die unsere Ausfuhr treffen

würde, das Gefährlichste wäre, was aus einer Lohnerrhöhung resultieren könnte. Und zweitens die Möglichkeit, daß durch ein Vorziehen und durch entsprechende Verstärkung der steuerlichen

Entlastung — gleichbedeutend mit einem Abbau der Überschüsse der Öffentlichen Hand — die zu befürchtenden unerwünschten Reaktionen der Unternehmungen erheblich gemildert werden.

Das Preisgefüge in der SBZ

Ein bekanntes und viel erörtertes Charakteristikum der sowjetzonalen Wirtschaft ist das doppelte Preisniveau für Konsumgüter, das die Lebenshaltung der gesamten Bevölkerung in den verschiedenen Einkommensstufen entscheidend bestimmt. Weniger beachtet wird jedoch, daß neben dem doppelten Preisniveau für Konsumgüter auch in der Produktionsphäre ein mehrstufiges Preisniveau besteht. Das Preisgefüge unterscheidet sich — abgesehen von der absoluten Höhe des Preisniveaus aus bestimmten und bestimmaren Gründen, die sich zum Teil natürlich ergeben, zum Teil auf Manipulationen beruhen — in mehrfacher Hinsicht wesentlich von den Preisen in der Bundesrepublik und von denen auf den westlichen Weltmärkten.

Nach den Planansätzen für das Jahr 1954 sollen rd. 6 Mrd. DM aus Einnahmen des Staatshaushaltes für Preisausgleichszahlungen verwandt werden. Davon entfallen etwa 2,4 Mrd. DM auf die Landwirtschaft und über 3 Mrd. DM auf den Außenhandel. Offene Preisstützungen in der Industrie haben nur einen Umfang von einigen hundert Millionen, die insbesondere der Metallwirtschaft zufallen. Indirekt werden die Industriepreise darüber hinaus aber noch durch die Preisausgleiche bei importierten Rohstoffen beeinflusst, und ferner wirken praktisch der Ausgleich der Verluste einzelner volkseigener Betriebe, die zu Lasten des Staatshaushaltes gehen, wie eine Preisstützung. Beachtlich ist sodann noch, daß die Preise der Industriegüter außer den normalen Abschreibungen keine Selbstfinanzierungsquoten enthalten, da fast die gesamten Neuinvestitionen durch Mittel des Staatshaushaltes finanziert werden.

Die Landwirtschaft steht, anders als Industrie und Handwerk, bei denen grundsätzlich nach den Erzeugungskosten gerechnet wird, unter Sonderpreisregelungen. Die „Erfassungspreise“, die für die Zwangsablieferungen gezahlt werden, liegen in allen Bereichen heute noch in der Nähe der Preise von 1944 und damit wesentlich unter den Preisen der Bundesrepublik. Dagegen aber werden für die Produkte, die außerhalb des Ablieferungssolls geliefert werden, sehr viel höhere, sogenannte „Aufkaufpreise“ gezahlt. Die Differenzen zwischen Erfassungs- und Aufkaufpreisen, die für 1954 mit rd. 2,4 Mrd. DM angesetzt sind, werden vom Staatshaushalt zugesprochen. Die Preisaufschläge sind aber nicht für alle Produkte gleich hoch und liegen bei Getreide, Kartoffeln usw. niedrig (etwa 10 vH) und bei Fleisch, Milch und anderen Produkten der Veredelungswirtschaft zum Teil sehr hoch (bis zum Vierfachen der Erfassungspreise). Auf diese Weise werden zwar die landwirtschaftlichen Gesamterlöse etwa den tatsächlichen Produktionskosten angeglichen¹⁾, der Ertrag der mittleren und

größeren Bauernwirtschaften jedoch bleiben stark gedrückt, während die Einkommen der kleinen Betriebe, insbesondere die der Bodenreform-Landstellen, unnatürlich stark verbessert werden.

Auf dem niedrigeren Niveau der Erfassungspreise baut sich das Preisniveau für die Nahrungsmittel auf. Die Preise für die Versorgung auf Lebensmittelkarten (Fleisch, Fett, Zucker) und für die Grundnahrungsmittel (Brot, Kartoffeln usw.) beruhen auf den Erfassungspreisen. Der Gesamtgeldaufwand für die Kartenversorgung ist nach Preisen der SBZ auf etwa 2,7 Mrd. DM zu schätzen und liegt damit um rd. 1,4 Mrd. DM niedriger als in Preisen der Bundesrepublik. Dazu kommen für den Verbraucher noch Verbilligungen bei Kartoffeln usw. in Höhe von 100 bis 150 Mill. DM. Die bei ausschließlichem Verbrauch von Roggenbrot an sich möglichen Einsparungen von 200 bis 300 Mill. DM werden nicht effektiv, da wegen steigender Neigung zum Verbrauch der teureren Weizenerzeugnisse (vornehmlich aus Importen) dieser Betrag im großen und ganzen wieder aufgezehrt werden dürfte.

Diesem Teil des Lebensmittelverbrauchs steht jedoch der für den Verbrauch der zusätzlich durch die HO vertriebenen Lebensmittel preismäßig erhöhte Aufwand gegenüber. Das Aufkommen an HO-Akzise aus dem Lebensmittelumsatz läßt sich nicht genau berechnen; gewisse Angaben über die Höhe des gegenwärtigen Verbrauchs an einzelnen Lebensmitteln in Zusammenhang mit den bekannten HO-Preisen lassen jedoch den Schluß zu, daß sich in der Fleisch-, Fett- und Zuckerbilanz der Verbraucher — gemessen an Preisen der Bundesrepublik — Verbilligung und Verteuerung annähernd ausgleichen.

Außer im Lebensmittelsektor werden aber überhöhte Verbrauchsteuern bei Genußmitteln (Sprit, Tabak, Tee und Kaffee) und ferner bei Industriewaren, insbesondere Textilien und Schuhwerk erhoben. Die Gesamtbelastung mit Verbrauchsteuern (einschl. Lebensmittelakzisen) ist mit rd. 8 Mrd. DM angesetzt und liegt damit — pro Kopf gerechnet — etwa viermal so hoch wie in der Bundesrepublik. Die Erzeugungspreise für Industriewaren, auf die die Verbrauchsteuern berechnet werden, liegen dabei für die meisten Erzeugnisse um etwa 10 vH, teils sogar etwas mehr unter den entsprechenden Preisen der Bundesrepublik. Dieses niedrigere Normal-Preisniveau ist zum Teil durch das einige Prozent niedrigere Lohnniveau bestimmt, innerhalb dessen die unteren Stufen, und das ist insbesondere die zum Teil noch in Privathand befindliche Konsumgüterindustrie, um 10 vH und mehr unter den Löhnen der Bundesrepublik bleiben. Ferner wirkt mit, daß die Gewinnspannen begrenzt sind und im Rahmen des Gesamtpreisniveaus die Rohstoff- und Grundstoffpreise besonders niedrig gehalten wurden, was wiederum neben sonstigen Zuschüssen beträchtliche Preisausgleiche im Außenhandel bedingt.

¹⁾ Kramer („Die Landwirtschaft in der SBZ“, Bonner Berichte 1953) bewertet die Gesamteinnahmen der Landwirtschaft für 1951 nach Preisen der BRD mit 4,23 Mrd. DM. Zu Erfassungspreisen gerechnet würden 2,37 Mrd. DM, d.s. 55,7 vH, gezahlt worden sein. Tatsächlich gezahlt wurden 3,47 Mrd., d.s. 82 vH.

Im Außenhandel beruhen die Preisausgleiche darauf, daß das Außenhandelsmonopol der SBZ (die Fachanstalten der DIA) getrennte Abrechnungen gegenüber ihrer ausländischen und inländischen Kundschaft vornimmt, um den Einfluß der Weltmarktpreise auf die mehr oder weniger künstliche Preisstruktur im Lande zu verhindern. Im Jahre 1953²⁾ wurden beispielsweise Waren auf Inlandspreisbasis im Gesamtwerte von 4,23 Mrd. DM exportiert, die einen Devisenerlös von nur 3,67 Mrd. DM erbrachten. Bei der Umrechnung der Deviseneingänge ist jedoch mit einem Dollarkurs von 3,33 DM je Dollar gerechnet worden. Legt man hierbei einen Dollarkurs von 4,20 DM zugrunde, hätte der Gegenwert 4,62 Mrd. DM betragen. Er hätte also im Gesamtdurchschnitt gut 9 vH über den Inlandspreisen gelegen, obwohl mit Sicherheit angenommen werden kann, daß im Handel mit der Sowjetunion und anderen Ostblockstaaten verhältnismäßig niedrige Preise bewilligt wurden und auch mehr oder weniger zwangsweise Exporte von Waren durchgeführt werden mußten, die in der Sowjetzone nur mit überhöhten Produktionskosten hergestellt werden konnten.

Die Zahlen für den Import lassen insbesondere die künstliche, verhältnismäßig niedrige Basis der Rohstoffpreise erkennen, die ihrerseits zum Teil die niedrige Basis der industriellen Erzeugungspreise bewirkt. Die Gesamteinfuhr im Jahre 1953 erforderte Devisen in Höhe von 4,1 Mrd. DM bei Inlandspreisen von nur 2,64 Mrd. DM. Der tatsächlich gezahlte Preisausgleich erhöht sich aber wesentlich, wenn man den Kurs von 4,20 DM je Dollar in Ansatz bringt. Alsdann hätte der notwendige Devisenbetrag mit 5,17 Mrd. DM bewertet werden müssen, die Einfuhrpreise hätten also um rd. 95 vH höher gelegen als die Erlöse im Inland. Ein sehr wesentlicher Teil der notwendigen Preisausgleichszahlungen ist hierbei durch die — wie erwähnt — besonders niedrigen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse bedingt, da über 50 vH der Gesamteinfuhr auf Lebensmittel und landwirtschaftliche Produkte entfallen.

Diese Verzerrungen im Preisgefüge der SBZ erschweren den Überblick über das dortige Wirtschaftsgeschehen in mehrfacher Hinsicht. Beispielsweise sind die gemeldeten Einzelhandelsumsätze durch die Verbrauchsteuern überhöht, und die zumeist auf Inlandspreise bezogenen Angaben sowohl zur Produktion wie insbesondere zum Außenhandel werden sehr undurchsichtig. Zentral gesehen, finden die Preisverzerrungen dann in den Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushaltes ihren Niederschlag, der hierdurch in besonderem Maße aufgebläht erscheint.

Der Staatshaushaltsplan der SBZ für 1954 schließt nach Ausschaltung der erkennbaren Doppelzahlungen innerhalb des Verwaltungsapparates und ohne die Sozialversicherung mit

einer Gesamtsumme von rd. 28 Mrd. DM ab³⁾, das sind pro Kopf der Bevölkerung gerechnet rd. 1520 DM gegenüber nur etwa 890 DM in der Bundesrepublik. Unter den Einnahmen des SBZ-Haushaltes befinden sich jedoch mehrere größere Positionen, die die Öffentlichen Haushalte der Bundesrepublik nicht bzw. nicht in gleicher Höhe enthalten. Dies sind außer den erwähnten rd. 8 Mrd. DM Verbrauchsteuern etwa 2,6 Mrd. DM Reingewinne der volkseigenen Wirtschaft und rd. 1,5 Mrd. DM Amortisationsbeträge auf deren Anlagewerte. Nach Ausschaltung dieser etwa 10,1 Mrd. DM, die für die behandelten Preisausgleiche und die das Ausmaß in der Bundesrepublik übersteigenden öffentlich finanzierten Investitionen verausgabt werden, schmilzt das Volumen des Staatshaushaltes auf rd. 18 Mrd. DM zusammen, also etwa 980 DM pro Kopf. Auch diese Zahl ist noch dadurch aufgebläht, daß die Anstalten der öffentlichen Hand mit Bruttoeinnahmen- und Bruttoausgabensummen in den Staatshaushalt übergehen.

Die Mittel, die in der SBZ zur Manipulation der Preise aufgebracht werden, und ferner auch deren Verwendung lassen sich also ziemlich lückenlos nachweisen. Ebenso läßt sich auch feststellen, daß die hohe Verbrauchsbesteuerung nicht in vollem Umfange zu einer entsprechenden Senkung des Lebensstandards führt, da die mit Hilfe dieser Mittel niedrig gehaltenen Preise für einen Teil der Lebenshaltungskosten dem entgegenwirken. Die wesentliche Ursache für den stark gedrückten Lebensstandard in der SBZ sind neben dem im Vergleich zu Westdeutschland niedrigeren Produktionsstand bisher die hohen Reparationslasten gewesen, und nach Fortfall der direkten Reparationen ist eine durchgreifende Verbesserung noch nicht eingetreten, weil noch hohe Verschuldungen gegenüber der Sowjetunion aus der Reparationsrechnung und aus Importkrediten sowie Verluste an den überhöhten Kosten des Uranerzbergbaues abgedeckt werden müssen.

Ein nicht ohne weiteres lösbares Problem ist es aber, ob bei einem künftigen Verzicht auf die Verbrauchsbesteuerung und bei Freigabe der Preisbildung sich eine normale, den Weltmarktpreisen angegliche Preisstruktur bei angemessenem Lebensstandard der Bevölkerung herausbilden kann. Dieses Problem ist deshalb so schwierig, weil als Voraussetzung hierfür sich auch die gesamte Lohn- und Einkommenstruktur, insbesondere durch Hebung der unteren Einkommensstufen, grundlegend ändern müßte. Es liegen viele Anzeichen für eine verhältnismäßig schlechte Produktivität der Wirtschaft in der SBZ vor, und es ist daher nicht gesagt, daß nach Freigabe der Preisbildung und bei einer vernünftigen Investitionspolitik ein Lebensstandard in angemessener Höhe möglich ist. Zweifellos werden aber bisher nicht wirksame Produktivkräfte geweckt werden können, wenn die Planwirtschaft durch marktwirtschaftliche Konkurrenz ersetzt wird.

²⁾ Wochenbericht des DIW, 21. Jg., Nr. 28/29. Für 1954 ist der Exportplan infolge Fortfalls der Reparationen erhöht worden, der Importplan hat etwa den gleichen Umfang wie 1953.

³⁾ Wochenbericht des DIW, 21. Jg. 1954, Nr. 16/17.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Burgstraße 160.

Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Ferdinand Grünig,

Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Hans Liebe, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wisler.

Wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Rolf Wagenführ, Dr. Eduard Wolf.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhoflamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2
Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung) im Inland DM 30,—, halbjährlich DM 16,—, vierteljährlich DM 9,—

— D = Gesamtdeutschland (einschl. Saargebiet), BRD = Bundesrepublik Deutschland, SBZ = Sowjetische Besatzungszone, W-B = West-Berlin, O-B = Ost-Berlin, G-B = Groß-Berlin, Saar = Saargebiet. — †) E = Monatsende, S = Monatssumme, TD = Tagesdurchschnitt. — *Kursive* Zahlen: Vorläufig oder geschätzt. — ^{o)} Berichtigte Zahl.

— 1) Lebendgeborene. — 2) Ohne Totgeborene. — 3) Gesamtverkehr (Inlandverkehr einmal gezählt) einschl. Durchfuhrverkehr und Interzonenverkehr ohne bahneigenen Güterkraftverkehr. — 4) D. h. Summe der ein- u. ausgeladenen Mengen unter Doppelzählung der Güter, die im Bundesgebiet sowohl ein- als auch ausgeladen werden. — 5) Einschl. Durchgangsverkehr; Inlandverkehr nur einmal gezählt. — 6) Einschl. Stadtschnellbahn und Obus. — 7) Einschl. Weihnachtsgratifikation. — 8) Ab Januar neuer Firmenkreis.

Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. — Statistisches Landesamt Berlin. — Statistisches Amt des Saarlandes.

*) D = Monatsdurchschnitt; E = Monatsende; M = Monatsmitte; S = Monatssumme. — *Kursive Zahlen:* Vorläufig oder geschätzt. — °) Berichtigte Zahl.
 1) Nur Zivilbeschäftigte. — 2) Index des Federal Reserve Board, bereinigt. — 3) Bereinigt, nur verarbeitende Industrie und Handel. — 4) Buchwerte. — 5) Gold
 zertifikate. — 6) 345 Städte. — 7) Commercial and Financial Chronicle, Neues Kapital und Konversionen. — 8) Standard and Poor's Corporation. — 9) Durchschnitts-
 kurse der bei der New York Stock Exchange notierten Werte. — 10) US Department of Labor. — 11) Verbraucherpreise, US Department of Labor. — 12) Index A
 des London and Cambridge Economic Service auf der Basis der gelieferten Warenmengen. — 13) Einheimische und Ausländische Neu-Emissionen. — 14) Board of
 Trade. — 15) Ministry of Labour. — 16) Unterstützte Arbeitslose. — 17) Ohne Baugewerbe. — 18) Einsch. Notstandsarbeiter ohne Frost- und Schlechtwetterarbeitslose. —
 19) Economist. — 20) Noten neuer Ausgabe. — 21) Zur Zeichnung aufgelegte Summe. — 22) Täglicher Durchschnitt der kontrollierten Arbeitslosen. — 23) Saison-
 bereinigt. — 24) Vollarbeitslose. — 25) 12 Anleihen des Bundes und der Bundesbahnen.